



Niederschrift

26. Plenarsitzung des Gemeinderates

28. Juli 2026, 15:30 Uhr

öffentlich

Bürgersaal, Rathaus am Marktplatz

Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

Punkt 14 der Tagesordnung: Stadtteilhäuser:

Punkt 14.1 der Tagesordnung: Das Förderprogramm der Stadtteilhäuser in Karlsruhe - Sachstandsbericht

Vorlage: 2026/0412

Punkt 14.2 der Tagesordnung: Auswirkungen der Zuschusskürzungen bei der Raumförderung für Stadtteilhäuser

Vorlage: 2026/0411

Beschluss:

14.1: Kenntnisnahme

14.2: Der Gemeinderat nimmt nach Vorberatung im Haupt- und Finanzausschuss den Bericht zu den Auswirkungen der individuellen, haushälterisch bedingten Zuschusskürzungen bei den Karlsruher Stadtteilhäusern rückwirkend ab 1. Januar 2026 zur Kenntnis und beschließt die damit einhergehenden inhaltlichen Änderungen in den Grundsätzen der Förderung von Stadtteilhäusern in der Stadt Karlsruhe.

Abstimmungsergebnis:

14.2 Beschlussvorlage: Mehrheitliche Zustimmung (33 Ja, 14 Nein, 1 Enthaltung)

Der Vorsitzende ruft die Tagesordnungspunkte 14.1 und 14.2 zur Behandlung auf und verweist auf die erfolgten Vorberatungen im Haupt- und Finanzausschuss am 14. Juli 2026.

Das alles hat was mit den Haushaltsberatungen zu tun, und wir berichten Ihnen über den Sachstand bzw. setzen mit Ihnen den Beschluss um. Ich hatte schon im Ältestenrat darauf hingewiesen, dass wir uns bemühen müssen, in Zukunft die Stadtteilhäuser im Bestand zu erhalten, gegebenenfalls auch es zu ermöglichen, hier noch mehr Angebote unterzubringen. Wir müssen auch so Themen wie mögliche Anlaufstellen bei Hitzeentwicklungen und viel anderes betrachten, also ich glaube, auf die Stadtteilhäuser kommen da noch zusätzliche Optionen zu. Und wir brauchen natürlich die Mitarbeit der Beteiligten vor Ort, um sie umzusetzen, und das passt nicht dazu, dass man hier die Zuschüsse reduziert. Insofern zum nächsten Haushalt müssen wir gucken, wie wir zu einer vernünftigen Lösung kommen.

Stadtrat Cramer (KAL): Meine Fraktion wird dieser Vorlage nicht zustimmen. Ich muss gestehen, dass ich jetzt, was Sie jetzt gerade ausgeführt haben, dass ich das gar nicht so einordnen kann, denn das hört sich ja positiv an. Ich sehe das aber so, wir sehen die Vorlage nicht positiv. Wir befürchten, dass eben doch viel, viel Arbeit, die an der Basis in den Stadtteilen, oft ja auch von den Bürgervereinen, aber auch anderen Initiativen und Vereinen gemacht wird, dass die ihre Arbeiten nicht in dem Umfang fortsetzen können wie bisher. Und gut, vielleicht können Sie mich da auch noch mal ein bisschen aufklären, was es konkret für Auswirkungen haben kann, was Sie jetzt zum Schluss noch mal vorgetragen haben.

Stadtrat Dr. Müller (CDU): Vielfach waren hier im Rat schon die Äußerungen zu den Stadtteilhäusern, zu Bürgerzentren, zu den Förderungskulissen, zu den Modulen, da haben wir uns viel unterhalten. Generell muss man sicher sagen, das haben wir auch immer befürwortet, dass die Stadtteilarbeit, die soziale Quartiersentwicklung für die Quartiere enorme Vorteile bringt, weil Ehrenamtliches und Hauptamtliches zusammenkommt und vieles koordiniert werden kann, um dadurch für den Stadtteil entsprechend Positives zu erreichen. Wir haben das immer unterstützt, und wollen es auch weiter unterstützen. Wir sehen auch jetzt, wenn ich an den nächsten Punkt denke, muss man dies jetzt machen in der Situation, aber es darf nicht weiter runtergehen, sonst kommen wir in eine Situation, wo das Positive der Stadtteilarbeit nicht mehr zum Tragen kommt, weil es einfach nicht mehr leistbar ist. Eine gewisse Grundausstattung muss auch für die Kommunen möglich sein, um sehr sinnvolle Sachen weiterzuentwickeln, und deswegen heute Zustimmung, aber mit dem klaren Bekenntnis, dass nicht weiter abgebaut werden kann, sonst wird das ganze System ad absurdum geführt.

Stadtrat Hock (FDP/FW): Das, was Kollege Cramer gerade ausgeführt hat, das könnte meine Fraktion eins zu eins genauso sagen, deshalb wiederhole ich das nicht, was der Kollege Cramer gesagt hat. Aber eines, Herr Oberbürgermeister, ist ja klar: Die Entwicklung in den Stadtteilen, und der Kitt, der die Stadtgesellschaft zusammenhält, das wird da geleistet. Und ich habe irgendwo den Eindruck, wir machen jetzt hier ein Stoppschild rein, es wird keine weitere Entwicklung geben, und wir schränken schon das jetzige wieder ein. Wir hatten schon im Haushalt darauf hingewiesen, dass dieser Bereich für uns nicht verhandelbar ist, deshalb wird die FDP-/Freie Wähler-Fraktion dem heute nicht zustimmen.

Stadtrat Tröndle (SPD): Um es kurz zu machen: Die SPD-Fraktion wird der Vorlage zustimmen und dankt dem Amt für Stadtentwicklung für die Vorlagen. Wir haben, ja, sowohl im Forum Ehrenamt als auch bei der Konferenz zur Quartiersentwicklung sehr ausführlich beraten können, und herzlichen Dank für diese wirklich gute Vorlage, die ja so kleinteilig ist, weil eben die Bedürfnisse und Bedarfe unterschiedlich sind. Grundsätzlich ist es gelungen, die früheren Bürgerzentren in dem Transformationsprozess zu Stadtteilhäusern werden zu lassen. Dass die natürlich in ihrer Unterschiedlichkeit auch unterschiedliche Herausforderungen bringen, das ist logisch. Auch wir haben in den Haushaltsberatungen das Ehrenamt ja ganz nach vorne gestellt, eine Lanze gebrochen und gesagt: Ja, wir brauchen auch in Zukunft noch mehr Ehrenamt, noch mehr Menschen, die sich einbringen. Ich würde mich jetzt aber nicht zurückziehen und sagen: Okay, die Stadt kann nicht mehr so finanzieren, folglich kann das ja überhaupt gar nichts werden. Im Gegenteil: Es liegt ja an denen, die vor Ort sind, auch in ihrem Umfeld, in ihrem Netzwerk Menschen dazu zu bringen, zu motivieren, sich da auch zu engagieren und zusammen eine tolle Sache auf die Beine zu stellen. Natürlich wollen auch wir, dass sich zukünftig die finanzielle Situation ändert und wir als Stadt mehr dazu beitragen können. Aber im Moment ist das leider nicht der Fall. Insofern stimmen wir auch nolens volens der Vorlage zu. Herzlichen Dank.

Stadträtin Fahringer (GRÜNE): Wir begrüßen Ihr Eingangsstatement, Herr Oberbürgermeister, und Ihr persönliches Commitment auch zur zumindest Sicherung des Bestands dieser doch jetzt gekürzten Stadtteilhäuser. In diesen Stadtteilhäusern passiert extrem viel. Das sieht man ja in diesem Sachstandsbericht mit über 700 Veranstaltungen, mit über 3.000 Angeboten. Der Großteil ist offen und es ist auch sehr divers. Da gibt es das Unterschiedlichste vom Nähtreff für Jung und Alt über Krabbelgruppen und Sprache-Lernen. Wir begrüßen diese Diversität des Angebots. Wir begrüßen es auch, dass es eben offene Angebote sind, die nicht nur die alteingesessenen Vereine, die auch ihren Platz brauchen, ansprechen und dann vor Ort eben zum Miteinander und zum Demokratieleben beitragen. Und ja, mit diesen Worten, da nehmen wir Sie dann hoffentlich in eineinhalb Jahren beim Wort. Wir werden Sie daran erinnern und hoffen, dass wir dann in dem Bereich nicht weiter kürzen müssen, weil klar ist, rein juristisch, rein gesetzlich ist es eine rein freiwillige Leistung. Und, genau, wir werden auch noch heute an der einen oder anderen Stelle im Bereich der freiwilligen Leistungen leider Entscheidungen treffen oder Entscheidungen vollziehen, die wir im Herbst oder im Dezember getroffen haben, die einfach leider nicht schön sind.

Stadtrat Kalmbach (FÜR): Den Stadtteilhäusern gehört die Zukunft. Und ich sage: Es darf zukünftig nicht nur diese acht Stück geben, sondern es muss in jedem Stadtteil eins geben. Überall, wo Leute zusammenarbeiten, brauchen sie einen Ort, wo sie miteinander zusammenkommen können, wo sie planen können, wo Leute zusammen Treffpunkte haben. Deswegen vielen Dank für die Aussage. Die Zukunft wird sein, dass wir die Stadtteilhäuser weiterentwickeln. Die Zukunft wird sein, vielleicht auch wenn die Stadt kein Geld mehr hat, können wir ein soziales Zentrum aufbauen, was den Menschen Sicherheit gibt. Vielen Dank, da bleiben wir dabei.

Der Vorsitzende: Auch nach zwei Beiträgen will ich noch mal deutlich machen: Sie beschließen heute keine neuen Kürzungen. Die haben Sie schon beschlossen. Wir passen jetzt nur noch mal die Zuschussrichtlinie in diesen Kürzungen an. Und das ist alles so gestrickt, dass vorher bei den Stadtteilhäusern auch dafür gesorgt wird, dass das so passt, damit auch jeder mit seinem Konzept sich trotz des niedrigeren Zuschusses über Wasser halten kann. Mehr verlangen wir von Ihnen heute gar nicht. Nur weil sich dadurch die Grundsätze der Förderung ändern, brauchen wir noch mal Ihren Beschluss. Und meine Ankündigung ist: Wir haben ja das letzte Mal 90 Millionen einsparen müssen. Dann haben wir geguckt, dass alle was dazu beitragen, und haben Ihnen auch einen Vorschlag zu den Stadtteilhäusern gemacht, dem Sie dann auch letztlich gefolgt sind. Ich würde mir wünschen, dass wir Ihnen einen solchen Vorschlag nicht mehr machen müssen. Dann ist aber klar, dass wir das Geld an anderer Stelle einsparen müssen. Denn in dem Moment, wo wir nicht mehr in die Genehmigungsfähigkeit kommen, sind die Stadtteilhäuser eines der ersten Dinge, die komplett wegfliegen, weil freiwilliger geht es gar nicht. Auch wenn wir den Sinn natürlich, es aus der Sinnhaftigkeit heraus völlig anders beurteilen würden, aber so ist die Situation nun mal vom entsprechenden Haushaltsrecht.

Damit kommen wir zur Abstimmung. 14.1 ist eine Informationsvorlage, die haben Sie zur Kenntnis genommen. Und 14.2, da bitte ich Sie jetzt um Ihr Votum ab jetzt. – Das ist eine mehrheitliche Zustimmung.

Zur Beurkundung:

Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
11. August 2026